

Das Narrativ der Demütigung und die Gefühle der Ostdeutschen

Ute Frevert

2019, zum 30. Jahrestag des Mauerfalls, war oft von der Enttäuschung die Rede, die die damaligen Bürger*innen der DDR angesichts der nachfolgenden Entwicklung in ihrem Land verspürten. Viele erinnerten sich an große Hoffnungen und tiefe Ernüchterung, an Versprechen, die nicht gehalten wurden, an Aufbrüche, Einbrüche und Abbrüche. Interviews, Redebeiträge und schriftliche Texte stellten der Wiedervereinigung aus ostdeutscher Perspektive kein gutes Zeugnis aus, das Ressentiment vieler war mit Händen zu greifen. Es drückte sich nicht zuletzt in den Erfolgen der rechtsextremen Alternative für Deutschland aus, die 2019 bei Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen zwischen 23,4 und 27,5 Prozent der Stimmen gewann. Ihr erinnerungspolitischer Appell „Die Wende vollenden“ hatte gezündet und die Partei mancherorts zur stärksten Kraft gemacht.

In Umfragen stimmten 42 Prozent der Ostdeutschen der Ansicht zu, sie seien Bürger zweiter Klasse.¹ Damit gehe, hieß es von rechts wie von links, ein Gefühl der Demütigung einher. Vom „Stachel der Demütigung“ sprach 2016 die sächsische SPD-Integrationsministerin Petra Köpping, die zwei Jahre später einen Bestseller unter dem Titel „Integriert doch erstmal uns“ vorlegte. Das Gefühl, gedemütigt worden zu sein, diagnostizierte sie überall dort, wo jemand ihr von persönlichen Niederlagen und Kränkungen erzählte.² Solche Erfahrungen gab es zuhauf. Sie verbanden Menschen, deren Betriebe von der Treuhand abgewickelt oder weiterverkauft wurden, die ihren Arbeitsplatz verloren und einen neuen suchen mussten. Gekränkt und abgewertet fühlten sich Professor*innen, die ihre Marxismus-Leninismus-Lehrstühle räumen mussten, und NVA-Generäle, die nicht in die Bundeswehr übernommen wurden. Gedemütigt scheinen sich schließlich auch Spät- und Nachgeborene zu fühlen, die sich mit den enttäuschten Eltern und Großeltern identifizieren. Einige reden von Anschluss, Landnahme, Kolonialisierung und Exil.³

1 Dimap 2019.

2 Vgl. Schlottmann 2016; Hähnig 2017.

3 Vgl. Stange 2019; Milev 2018, 2020; Oberender 2020; Dümcke/Vilmar 1995.

1. Enttäuschung oder Demütigung?

Das sind starke Worte. Worte aber sind nicht Schall und Rauch, sie sind politische Waffen und wollen es sein. Sie legen Bedeutungen fest, nehmen In- und Exklusionen vor, erheben Ansprüche auf Deutungshoheit und politische Positionierung. Wer von Enttäuschung spricht, ruft einen anderen semantischen Horizont auf als diejenige, die von Demütigung oder Kolonialisierung redet. Eine Kränkung oder Niederlage erfahren zu haben, meint etwas anderes, als gedemütigt oder erniedrigt worden zu sein.

Von Enttäuschung spricht man gemeinhin vor dem Hintergrund von Hoffnungen und Erwartungen, die sich nicht erfüllt haben.⁴ Das ist bedauerlich und wird bedauert, aber explizite Schuldzuweisungen finden nicht statt – außer dann, wenn jemand leichtfertig oder aus betrügerischen Motiven etwas versprochen hat, an das er oder sie sich anschließend nicht mehr gebunden fühlt. Wer dagegen das Wort Demütigung im Munde führt, hat anderes im Sinn. Demütigung bedarf eines Demütigenden: Es muss jemanden geben, der einer anderen Person die Würde abspricht und sie in die Knie zwingt.

Enttäuschung ist strukturell flach, auch wenn sie emotional tief gehen kann. Sie kommt in der Regel ohne einen zentralen Akteur aus, der die Enttäuschung absichtlich verursacht hat. Ebenso wie Hoffnungen und Erwartungen relativ unbestimmt sein können, bewegen sich auch Enttäuschungen im Vagen, Unverbindlichen, Stimmungsmäßigen. Es gibt, anders als bei Demütigungen, weder Opfer noch Täter. Man *erleidet* keine Enttäuschung, und es fehlen die aktiven *Enttäuscher*. Bei Demütigungen dagegen, ähnlich wie bei Betrügereien, lassen sich diejenigen, die gedemütigt oder betrogen werden, klar von jenen unterscheiden, die demütigen und betrügen. Beide Seiten sind identifizierbar, ihr Verhalten kann ihnen unmittelbar zugerechnet werden, und sie gehen eine konkrete, handgreifliche Beziehung miteinander ein.

Eben das macht die Sprache der Demütigung so anschlussfähig. Zum einen bedient sie einen Opferdiskurs, der sich seit dem späten 20. Jahrhundert hoher gesellschaftlicher Wertschätzung erfreut.⁵ Sie fordert Empathie ein, weckt Empörung und ruft zur Solidarität mit der Person auf, die ohne eigenes Zutun gedemütigt und erniedrigt wird. Zum anderen lenkt sie die Aufmerksamkeit auf den oder die Täter, die mit eigenem Zutun und in voller Absicht demütigen. Diese Täter sind, anders als die Opfer, im Wortsinn tätig: Sie schauen und sprechen die Opfer an, teilen ihnen ihre Verachtung, Geringschätzung, Überlegenheit verbal oder

4 Gotto 2018.

5 Goltermann 2017; Bruckner 1997.

handgreiflich mit. Sie erzeugen damit ein hierarchisches Verhältnis und zwingen die Unterlegenen dazu, sich zu ducken, den Kopf einzuziehen, ihre Ohnmacht und Unterworfenheit anzunehmen.

2. Die Politik der Demütigung und ihre Gegenstrategien

Von Demütigungen reden nicht nur Ostdeutsche. Das Narrativ erfreut sich auch in anderen sozialen und politischen Zusammenhängen großer Beliebtheit. In der internationalen Politik spielt es aktuell und historisch eine zentrale Rolle. Putins Russland, befinden Expert*innen, operiere mit einem Demütigungssyndrom, das man auch den arabischen Ländern attestiert.⁶ China bekennt sich offensiv dazu: Das 19. Jahrhundert gilt dort parteioffiziell als „Jahrhundert der Demütigung“ – einer Demütigung durch ausländische Mächte, die erst mit dem Sieg Maos beendet worden sei. Oder, genauer gesagt, fast beendet: Denn erst wenn Hongkong, das 1997 zu China zurückkehrte, vollkommen gleichgeschaltet und Taiwan eingegliedert seien, werde die chinesische Nation die Spuren ihrer einstigen Ohnmacht und Abhängigkeit vollends abgeschüttelt und ihre traditionelle Stärke und Autonomie zurückgewonnen haben.⁷

Die Botschaft des Narrativs ist durchsichtig: Wer gedemütigt worden ist, hat das Recht, sich dagegen zu wehren. Er kann die historische Demütigung zwar nicht ungeschehen machen. Aber er lässt sie nicht auf sich sitzen, sondern ergreift Gegenmaßnahmen, die diejenigen, die gedemütigt haben, ins Unrecht setzen und in die Schranken weisen. Ein ähnliches Narrativ trat 1919 in die Welt, als Deutsche den Versailler Vertrag als nationale Demütigung wahrnahmen und dann nach 1933 alles taten, die einstige Schwäche durch offensive Stärke zu kompensieren.⁸

Der Umschlag von Schwäche in Stärke ist spezifisch für die internationale Demütigungsszenerie, in der sich Machtverhältnisse verschieben und neu justieren können. Indem Demütigungserfahrungen, wie in China, über einen langen Zeitraum präsent gehalten und propagandistisch aufbereitet werden, entfalten sie eine hohe kollektive Mobilisierungskraft. Sie beruht auf der emotionalen Bindungsfähigkeit des klassischen Ehrdiskurses, wie er seit der Frühen Neuzeit mit wechselnden Trägern geführt wurde. War es zunächst der absolutistische Fürst und Landesherr, dessen Ehre es um jeden Preis zu wahren und vor Verletzung

6 Vgl. Shevtsova 2015; Eppler 2015; Moisi 2009, S. 88–133.

7 Wang 2012.

8 Von Demütigung sprachen damals nicht nur Deutsche, sondern auch Österreicher, Ungarn, Türken und Italiener – alle die, die sich als Verlierer des Ersten Weltkriegs empfanden und von den Friedensschlüssen übervorteilt fühlten.

gen zu schützen galt, ging die Ehre im 19. Jahrhundert zunächst auf den Staat über, in zunehmendem Maße aber auch auf die Nation. Das bedeutete, dass sich alle Staatsbürger*innen und Angehörigen einer Nation von einer Ehrenkränkung getroffen fühlen konnten und das, dank kräftiger politischer Aufforderung und medialer Unterstützung, auch taten.⁹

Demütigungen fanden und finden aber nicht allein auf internationalem Parkett statt.¹⁰ Jüdische Deutsche, die 1933 aus ihren Ämtern und Positionen entlassen wurden, obwohl sie sich dem Regime als loyale Staatsdiener zur Verfügung stellten, nahmen dies als abgrundtiefe Demütigung und Degradierung zu Bürgern zweiter Klasse wahr. Zwei Jahre später verloren sie das „Ehrenrecht“, in der Wehrmacht zu dienen, 1936 wurden ihnen die Bürgerrechte gänzlich aberkannt. Nach dem „Anschluss“ Österreichs ans Deutsche Reich 1938 zwangen Nazis Wiener Juden, NS-kritische Graffiti auf den Knien von den Bürgersteigen zu bürsten. Die alltäglichen Demütigungen und Erniedrigungen, die Häftlinge in Konzentrationslagern erfuhren, gehörten zur Machtstrategie eines Regimes, das seine politischen und „rassischen“ Feinde sowohl körperlich als auch psychisch-emotional zu vernichten und auszulöschen suchte.

Dieser Strategie konnte man sich nur individuell entziehen, durch Flucht, Emigration oder Selbstausslöschung. Kollektiver Widerstand war unmöglich, eine Beschwerdeinstanz gab es ebenso wenig wie mediale Unterstützung. Empathie war im „Dritten Reich“ ohnehin Mangelware und ausschließlich „Gemeinschaftsgenossen“ vorbehalten. Der Volksgerichtshof inszenierte vor den Augen loyaler Parteigänger*innen veritable Demütigungsschauspiele gegen sogenannte Verräter*innen. Sein Präsident Roland Freisler zog dabei alle Register der Beleidigung, Beschimpfung und Erniedrigung, ohne dass die Angeklagten die Chance bekamen, sich dagegen zu wehren, oder auf das Mitgefühl des Publikums rechnen durften. In solchen Konstellationen – die nicht auf Nazi-Deutschland beschränkt waren, sondern sich auch in den stalinistischen Schauprozessen der späten 1930er Jahre abbildeten – luden die extrem asymmetrischen Machtverhältnisse geradezu dazu ein, Demütigungen als Demonstrationen der eigenen Dominanz und Hegemonie sowie als radikales Exklusionsinstrument einzusetzen. Ein nachholender Umschlag von Stärke in Schwäche und von Schwäche in Stärke war weder vorgesehen noch wahrscheinlich.

Demütigungen blieben allerdings kein Monopol totalitärer Staaten und Gesellschaften. Obwohl internationale Organisationen und nationale Parlamente nach 1945 und vor dem Erfahrungshintergrund massiver Menschenrechtsverletzungen

9 Vgl. Frevert 2020.

10 Frevert 2017.

das Konzept einer staatlich-überstaatlich geschützten Menschenwürde in Anschlag brachten, fanden in vielen Ländern weiterhin Ausgrenzungen, Herabsetzungen, Erniedrigungen statt. Große Teile der Bevölkerung wirkten daran mit, als Täter*innen und als willfähiges Publikum. Autoritätspersonen wie Lehrer*innen oder Vorgesetzte demütigten Schüler*innen und Mitarbeiter*innen. Männer demütigten Frauen, Heterosexuelle demütigten Homosexuelle, Klassenkamerad*innen teilten untereinander aus, Kolleg*innen saßen (in der DDR) übereinander zu Gericht.¹¹

In den 1960er Jahren begann sich der Wind langsam zu drehen, kritische Stimmen konnten sich in den westlichen Demokratien, dank deutlicher Liberalisierungsschübe, zunehmend Gehör verschaffen. Ebenso wie Frauen gegen erniedrigende Gewalt oder die mediale Vermarktung und Objektifizierung des weiblichen Körpers auf die Straße gingen, meldeten sich auch Schwule und Lesben selbstbewusster zu Wort und protestierten gegen die allfällige Erfahrung sozialer Demütigung und Herabsetzung. Prügelnde Lehrer galten fortan als untragbar und sahen sich aufgefordert, Kinder und Jugendliche respektvoll zu behandeln. Respekt gehörte nun nicht mehr nur den klassischen Respektpersonen, die in der sozialen oder Altershierarchie oben standen. Respekt kam allen zu, kraft ihrer Würde als Menschen.

Was genau es bedeutete, dieser Würde Anerkennung und Respekt zu zollen, war Verhandlungssache und veränderte sich je nach sozialen Befindlichkeiten und Machtverhältnissen. Demütigungen in Wort, Schrift, Bild und Tat aber gehörten definitiv nicht mehr zu den akzeptablen und akzeptierten Umgangsformen. Trotzdem verschwanden sie nicht gänzlich von der gesellschaftlichen Bildfläche. Gerade Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene bedienten sich ihrer, um Machtansprüche zu signalisieren, zu bestätigen und zu stabilisieren. Die neuen sozialen Medien leisteten Schützenhilfe. Wer in ihr Fadenkreuz geriet, konnte nur verlieren, und das bereits aus früheren Dekaden bekannte Mobbing erreichte ungeahnte Dimensionen. Die psychischen Folgen wogen schwer und sind vielfach bezeugt.

Allerdings hat sich daraus kein eigenes Narrativ destilliert. Weder machen Kinder und Jugendliche öffentlich gegen Altersgenossen Front, die ihnen Demütigungen zufügen, noch haben sich die Schwulen- und Frauenbewegung seinerzeit damit begnügt, empfangene Erniedrigungen und Diskriminierungen anzuprangern. Anstatt sich in die Opferrolle zu begeben und die zugeschriebene Schwäche zu reproduzieren, legten sie es darauf an, Stärke zu gewinnen und zu demonstrieren. Für Feministinnen hieß es „Die Scham ist vorbei“, sie lehnten es ab, sich wei-

11 Zum Demütigungseffekt der sogenannten Konflikt- und Schiedskommissionen, in denen „das Kollektiv“ in Betrieben, Genossenschaften und Nachbarschaften über Normbrüche seiner Mitglieder urteilte, vgl. Frevert 2017, S. 59f.

terhin beschämen, herabsetzen, demütigen zu lassen. Homosexuelle adoptierten den Slogan Gay Pride, der seit den 1970er Jahren das öffentliche Auftreten der internationalen Schwulenbewegung prägt. Statt sich in die Demut zwingen zu lassen, heben Schwule und Lesben ihren Stolz, ihr positives Selbstwertgefühl hervor. „Werdet stolz auf eure Homosexualität!“, hieß es 1971 in Rosa von Praunheims Film „Nicht der Homosexuelle ist pervers, sondern die Situation, in der er lebt“.

Diesen Stolz trug und trägt man auf die Straße, weil er dem eigenen Selbstbewusstsein zuträglicher ist als das Gefühl, gedemütigt worden zu sein. Jenes Gefühl verschwindet zwar nicht. Die Scham über das, was einem zugefügt wurde, bleibt oft lebenslang erhalten und legt das „Opfer“ auf eine passive und unterlegene Position fest. Entkommen kann es ihr nur dann, wenn es positive Selbstwahrnehmungen aufruft und sich darin mit anderen zusammenschließt. Nur so lässt sich Schwäche in Stärke, Ohnmacht in Macht verwandeln.

3. Ambivalenzen und Asymmetrien nach 1989

Ein ähnlicher Prozess ist gegenwärtig in Ostdeutschland zu beobachten. Viele ehemalige DDR-Bürger*innen haben die drei Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung als überaus ambivalent erlebt. Schon die Monate zwischen dem Mauerfall Anfang November 1989 und dem 3. Oktober 1990 waren voller gemischter Gefühle. Freude, Überraschung, Spannung, Euphorie wechselten ab mit Verlustängsten, Unsicherheit, Sorgen. Die Geschwindigkeit des Umbruchs war atemberaubend und überforderte manche. Das Ende der DDR und der Beitritt der neugeschaffenen Ost-Länder zur Bundesrepublik ließen niemanden unberührt. Das Leben veränderte sich rasend schnell, und nicht wenige hatten den Eindruck, dass sie dabei nur Zaungäste waren. Ihre persönliche Handlungs- und Entscheidungsmacht stieß an enggezogene Grenzen, auf politischem Gebiet ebenso wie in wirtschaftlichen Belangen.

Kompensation erfuhren sie als Konsument*innen. Sie gewannen unbegrenzten Zugang zu den begehrten Westprodukten, die die Ostwaren im Nullkommanichts aus den Regalen verdrängten. Gebrauchte- und Neuwagen aus Westproduktion fanden reißenden Absatz, die vordem sorgsam gepflegten Trabis landeten auf dem Schrottplatz. In der Entscheidung, was sie kaufen und verbrauchen wollten, spürten die neuen Bundesbürger*innen jene Freiheit, die ihnen in der Arbeitswelt fehlte. Ob ihr Betrieb abgewickelt oder privatisiert wurde, wie viele Arbeitsplätze dabei verloren gingen, entzog sich in aller Regel ihrer Mitwirkung. Da die Erwerbsquote von Frauen und Männern in der DDR sehr hoch gelegen hatte, sah sich jede und jeder von den wirtschaftlichen Umbrüchen betroffen.

Frauen reagierten darauf häufig flexibler als Männer. Sie hatten seit jeher zwei Arbeitsplätze gehabt, einen im Betrieb und einen im eigenen Haushalt. Der letztere blieb ihnen erhalten, selbst wenn der erstere wegfiel. Und er wurde attraktiver: Man musste für die Waren des täglichen Bedarfs keine Schlange stehen und war beim Einkaufen nicht mehr auf die Gewogenheit der Verkäufer*innen angewiesen. Allerdings wirkte sich die auch in der DDR fortgesetzte weibliche Familienorientierung nicht selten als erwerbspolitischer Stolperstein aus. Waren Frauen in Industriebetrieben beschäftigt gewesen, fanden sie anschließend seltener als ihre männlichen Kollegen eine Neuanschließung und waren häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen. Auch deshalb zeigten sie ein höheres Interesse an beruflicher Weiterbildung und ließen sich in entsprechende Förderprogramme des Bundes und der Länder einbinden.¹² Fehlte es an akzeptablen Arbeitsplätzen vor Ort, waren sie eher als Männer bereit, umzuziehen und sich andernorts nach einer adäquaten, zukunftsträchtigen Beschäftigung umzusehen. Das betraf vor allem jüngere Frauen, die sich in statistisch signifikanter Häufung gen Westen in Bewegung setzten.

Männer hingegen taten sich oft schwerer mit den Herausforderungen der Nachwendezeit. Sie waren weniger mobil, litten stärker unter dem Verlust des Arbeitsplatzes und der daran geknüpften sozialen Beziehungen. Viele vermissten die betriebsgebundene Gemeinschaftlichkeit und beklagten die Vereinzelung, die mit der marktwirtschaftlichen Ordnung einherging. Aus DDR-Zeiten daran gewöhnt, ihren festen, sicheren Platz im Leben zugewiesen zu bekommen, traf sie die Unsicherheit und Volatilität der neuen Verhältnisse unvorbereitet. Arbeitslosigkeit war ein Fremdwort gewesen, das Phänomen kannte man nur aus den propagandistisch aufgebauchten Negativnachrichten der „Aktuellen Kamera“ über die kapitalistische Bundesrepublik. Selber vor die Situation gestellt, den angestammten Arbeitsplatz zu verlieren, fiel man damit zwar nicht ins Bodenlose, denn auch im Kapitalismus gab es ein stabiles soziales Sicherungsnetz. Zudem wurden viele in Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen aufgefangen, um sie für neue Anforderungen zu qualifizieren. Doch auch das nagte empfindlich am Selbstbewusstsein.

Hinzu trat die Erfahrung, dass sich das Leitungspersonal in den neuen Wirtschafts- und Verwaltungsstrukturen fast ausschließlich aus den alten Bundesländern rekrutierte. Während die eigene Erwerbsbiographie und Qualifikation abgewertet wurden, kam das neue Wissen in Gestalt westlicher Eliten daher. Belohnt von der augenzwinkernd so genannten Buschzulage – allein schon das Wort wirkte demütigend und herabsetzend –, trafen sie die maßgeblichen Entscheidungen. Selbst wenn nicht alle dem Bild des arroganten, besserwisserischen „Wessis“ ent-

12 Giesecke/Siebers 1996.

sprachen, reichte der Rest aus, um unter „Ossis“ den Eindruck zu vertiefen, sie hätten im eigenen Land nichts mehr zu sagen und würden fremdbestimmt.¹³

Das unterschied die Verhältnisse in der ehemaligen DDR merklich von den Erfahrungen in anderen Ländern des Ostblocks. Dort wurden die postsozialistischen Eliten nicht importiert, sondern entstammten der eigenen Bevölkerung. Wenn Fehler gemacht und Gefühle verletzt wurden, war man im Land selber dafür verantwortlich. Das schloss nicht aus, dass sich auch in Polen oder Tschechien tiefe soziale und politische Risse und Spaltungen auftaten zwischen denjenigen, die dem liberal-westlichen Modell zuneigten und es nachahmten, und denen, die sich davon abwandten, weil es bei ihnen Gefühle der Unzulänglichkeit und des Identitätsverlusts hervorrief. Auch hier gab und gibt es das Narrativ der Demütigung. Aber es kehrte sich eher nach außen, gegen die Europäische Union und den Westen.¹⁴

In Deutschland übernimmt das Narrativ ebenfalls die Funktion, „Opfer“ und „Täter“ zu unterscheiden und Letztere als die Anderen, die Fremden, die Unge wollten zu verurteilen und auszugrenzen. Anders als in Ostmitteleuropa jedoch sprechen „Opfer“ und „Täter“ die gleiche Sprache, gehören dem gleichen Staatsverband an, wählen eine gemeinsame Regierung und befolgen die gleichen Gesetze. Dass das Trennende dennoch stärker betont wird als das Gemeinsame und auf ostdeutscher Seite neue Identitäts- und Grenzmarkierungen errichtet werden, hat jenseits der Vereinigungserfahrungen Gründe, die weit in die Vergangenheit zurückreichen.

Jahrzehntelang war das Verhältnis zwischen den beiden deutschen Staaten durch eine tief in die Körper und Gefühle ihrer Bürger*innen eingeschriebene Asymmetrie gekennzeichnet gewesen. Dafür waren beileibe nicht nur materielle Differenzen und Disparitäten verantwortlich. Trotz wiederholter politischer Bekenntnisse zur nationalen Einheit und eines ihr gewidmeten Feiertags am 17. Juni haben sich die Menschen im Westen nie besonders für die „Brüder und Schwestern“ im Osten interessiert. Je länger, desto mehr orientierte man sich westwärts, fand Paris, Rom und New York ungleich attraktiver als Ost-Berlin und Leipzig. Man wusste nicht viel über den Alltag östlich der Elbe, war sich aber sicher, niemals in diesem grauen, autoritären Land leben zu wollen. Umgekehrt kannten DDR-Bürger*innen die Bundesrepublik oft besser als den eigenen Staat. Sie schauten Westfernsehen, konnten alle Minister beim Namen nennen, fieberten

13 Mau/Offe 2020; Mau 2019.

14 Zum Nachahmungsparadigma und seinen politischen Folgen in Ost(mittel)europa seit 1990 vgl. Krastev/Holmes 2019.

mit bei Fußballspielen und Misstrauensvoten gegen Willy Brandt oder Helmut Schmidt. Auch mit der westlichen Konsumwelt waren sie bestens vertraut.

Für viele in der DDR übersetzte sich diese langjährige Asymmetrie der Aufmerksamkeit und Teilnahme nach 1989 in Gefühle der Kränkung und des Zurückgestoßenseins. Eben noch als Helden der friedlichen Revolution gefeiert und an die bundesdeutsche Brust gedrückt, fühlte man sich rasch als armer Bittsteller, dem außer oberflächlicher Neugier und Gleichgültigkeit auch eine Menge Vorurteile entgegenschlugen. Das spiegelte sich in Umfragen wider: 1991 nahmen nur knapp 38 Prozent der Ostdeutschen (und 33,6 Prozent der Westdeutschen) die Wiedervereinigung als positives Ereignis wahr.

2018 aber hatte sich das Blatt gewendet. Jetzt äußerten sich zwei von drei Ostdeutschen erfreut, unter den Westdeutschen waren es 56,6 Prozent. Der Schwenk ging, zeigt eine neue Studie, vor allem auf das Konto der jüngeren Generation und derer, die als „Binnenmigranten“ Brücken bauten und den jeweils anderen Landesteil besser kennengelernt hatten.¹⁵ Zwischen 1991 und 2017 zogen 3,7 Millionen ehemalige DDR-Bürger*innen in die westlichen Bundesländer; junge Menschen und Frauen waren überproportional vertreten. Von West nach Ost wechselten 2,5 Millionen Menschen.¹⁶

4. Gibt es eine ostdeutsche Identität?

Wie ist es vor diesem Hintergrund zu erklären, dass dennoch – und gerade wieder in den letzten Jahren – so viel von Demütigung und Deklassierung die Rede ist und dass diese Rede immer stärker den Charakter eines politischen Arguments und Schlagabtausches annimmt? Der Eindruck drängt sich auf, dass hier ein identitätsstiftendes Narrativ konstruiert wird mit dem Zweck, Ost- und Westdeutsche erneut und dauerhaft voneinander zu scheiden. Das geschieht durch die Festschreibung einer ostdeutschen Identität, die sich, wie behauptet wird, nach 1990 herausgebildet und auf die vielfältigen, von Westdeutschen verursachten und verantworteten Demütigungserfahrungen reagiert habe.

An dieser Konstruktion sind ihre blinden Flecke interessant und aufschlussreich. Ausgeblendet und negiert werden zum einen die 40-jährige Vorgeschichte der Vereinigung und das, was die DDR für ihre Bürger*innen bedeutet hat. Zum anderen unterschlägt das Beharren auf einer gemeinsamen Opferidentität, dass

15 Vgl. Heller et al. 2020.

16 Bangel et al. 2019.

Menschen die Zeit nach 1989 sehr verschieden erlebt haben, abhängig von Alter, Geschlecht, sozialer Position oder politischer Einstellung.

So zeigen repräsentative Umfragen, dass Demütigungs- und Abwertungsgefühle offenbar längst nicht bei allen Ostdeutschen verbreitet sind. Unter den brandenburgischen Wähler*innen, die 2019 für die AfD bzw. die Linke votierten, stimmten 77 bzw. 70 Prozent der Aussage zu, Ostdeutsche fühlten sich als Bürger zweiter Klasse. Bei denen, die der CDU ihre Stimme gaben, galt das nur für 38 Prozent, bei Grünen-Wähler*innen waren es 36 Prozent.¹⁷

Dass sich die Zustimmung derart signifikant nach Parteien unterschied, ist wenig verwunderlich. Denn Linke und Rechte waren und sind es vor allem, die antiwestliche Ressentiments pflegen und in das Demütigungshorn blasen. Immer mehr Wähler*innen, Männer deutlich häufiger als Frauen, wechselten übrigens die Seiten und wandten sich in den drei ostdeutschen Landtagswahlen 2019 den extremen Rechten zu – ein Phänomen, das an entsprechende Wählerwanderungen aus den frühen 1930er Jahren erinnert. Attraktiv schien ihnen besonders die nationalistische und Antielitenhaltung der AfD, die auf dezidierten Konfrontationskurs zu den „Altparteien“ geht und den angeblich kosmopolitischen Westeliten in Politik, Wirtschaft, Medien und Kultur Verrat am deutschen Volk vorwirft. Dagegen setzt die extreme Rechte einen völkischen Nationalstolz, der Migrant*innen ausschließt und dafür jene aufwertet, die sich als abgehängt, deklassiert und gedemütigt empfinden.

Auffällig ist, dass die AfD vor allem bei Männern punktet. In Sachsen stimmten 2019 33 Prozent der männlichen Wähler, aber nur 22 Prozent der weiblichen für diese Partei, in Brandenburg waren es 30 bzw. 19 Prozent. Den stärksten Zuspruch erhielt sie von Personen mittleren Alters: Bei 30- bis 59-jährigen Sachsen lag die Zustimmungsrate etwas über 35 Prozent, in Brandenburg etwas unter 30 Prozent. Jüngere Wähler*innen blieben zurückhaltender: Von den 18- bis 29-Jährigen erhielt die AfD lediglich jede vierte Stimme.¹⁸

Auch diese unterschiedliche Alters- und Geschlechterverteilung deutet darauf hin, dass „der Osten“ weit diverser ist, als es die Rede von einer durch Ausschluss-, Abwertungs- und Demütigungserfahrungen nach 1990 geprägten ostdeutschen Identität suggeriert. Eine solche Identität, wie sie manche Publizist*innen und Intellektuelle seit etwa zehn Jahren beschreiben oder besser herbeischreiben wollen, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als kühn konstruierte Kopfgeburt.¹⁹ Das

17 Online verfügbar unter <https://www.rbb24.de/politik/wahl/Landtagswahl/beitraege/vorwahlbefragung-landtagswahl-brandenburg-analyse.html>. Gesehen am 21.06.2021.

18 Ehmann et al. 2019.

19 Hensel 2009, 2019; Engler/Hensel 2018.

heißt nicht, dass die Beispiele für Abwertung, Arroganz, Gleichgültigkeit „des Westens“ erfunden wären. Sie sind es nicht, und jeder und jede kann davon erzählen: von dem Bayern, der sich erkundigt, ob man im Osten denn auch Kühlschränke oder Zentralheizung gehabt habe; von der Frau an der Augsburger Hotelrezeption, die dem Gast aus Leipzig erklärt, wie der Aufzug funktioniert; von dem Bielefelder Wissenschaftler, der sich über das schlechte Englisch seiner Dresdner Kollegin mokiert.²⁰

Dass solche Zuschreibungen herabsetzend wirken können, liegt auf der Hand. Aber sind sie tatsächlich so gemeint, legen sie es auf diese Wirkung an? Zwingen sie ihre Adressat*innen in die Knie, in die Unterwerfung? Maßt sich hier jemand Macht an, wertet das Gegenüber ostentativ ab und verweist es verächtlich auf eine ohnmächtige Position?

Das mag in einigen Fällen so gewesen sein, fügt sich aber nicht zu einer flächendeckenden Politik der Demütigung, wie sie aus anderen historischen Kontexten bekannt ist. Selbst bei den Akteuren der vielgescholtenen Treuhand ist eine solche absichtsvolle Politik nicht dokumentiert.²¹ Wenn sie gleichwohl von manchen so empfunden und namhaft gemacht wurde, demonstriert das neben einem unschwer nachvollziehbaren Unterschied der Sensibilitäten auch die tiefe Kommunikationslücke zwischen „Tätern“ und „Opfern“. Anstatt Kränkungen hinzunehmen und sie entweder zu beschweigen oder als Demütigung umzucodieren, hätte man ein Gespräch darüber beginnen können. Das hatte Bundespräsident Richard von Weizsäcker schon 1990 angemahnt. Er forderte damals vor allem die Westdeutschen auf, ihren ostdeutschen Mitbürger*innen entgegenzugehen. Begegnung auf halbem Wege statt Abgrenzung und Abwertung tue not, um die Wiedervereinigung zu einer Erfolgsgeschichte zu machen. Zehn Jahre später bilanzierte sein Nachfolger Johannes Rau, man habe noch immer „viele Vorurteile und Fehlurteile übereinander. Wir wissen zu wenig, wir erzählen uns zu wenig über unsere unterschiedlichen Erfahrungen und Sichtweisen.“²²

Das traf Westdeutsche und Ostdeutsche gleichermaßen. Der Kommunikationsabbruch fand in jeder Richtung statt. Auch Westdeutsche, die nach 1990 in den Osten gingen, erfuhren dort Ausgrenzung, Indifferenz und Abwehr. Aus der Rückschau lässt sich konstatieren, dass weder die einen noch die anderen die Chance nutzten, von Ausnahmen abgesehen. Wenige haben Gespräche mit offenem Visier geführt und dabei Freundschaften geschlossen. Oft war das Gegenteil zu beobachten: Grenzübergreifende Freundschaften, lange vor 1989 entstanden, lösten

20 Weitz/Bielmeier 2019; Pollack 2020, S. 158ff.

21 Böick 2018, S. 549ff.

22 Kiehl 2001, S. 419f., 483.

sich auf, weil sie den emotionalen Zerreißproben des Umbruchs und der Neuerfindung von Identitäten nicht gewachsen und die Differenzen im Gespräch nicht zu überbrücken waren. Wenn überhaupt, schafften es junge Erwachsene, einen Draht zueinander zu finden, neugierig zu sein und auf Augenhöhe miteinander zu kommunizieren.

Aber selbst „Nachwendekinder“ oder diejenigen, die 1989 noch zur Schule gegangen waren, trugen ihre ostdeutsche Herkunft im Gepäck.²³ Während Alltag und Lebensführung der „alten“ Bundesbürger*innen von den Umbrüchen kaum tangiert wurden, war im Osten jede Familie davon betroffen, wenngleich auf verschiedene Weise. Auch die Kinder blieben nicht ungeschoren. Jana Hensel, 1976 in Leipzig geboren und aufgewachsen, beschrieb in ihrem 2002 erschienenen Buch „Zonenkinder“, wie sie und ihre Mitschüler*innen die neuen Freiheiten und Herausforderungen nach 1989 erlebten und sich bereitwillig-neugierig darauf einließen. Das Verhältnis zur Elterngeneration aber war hochambivalent. Auf der einen Seite konstatierte sie eine dramatische Auseinanderentwicklung: „Unsere gemeinsame Geschichte endete an dem Tag, als die Mauer fiel: Sie ängstigten sich um ihre Jobs, wir suchten uns das passende Gymnasium.“ Auf der anderen Seite hielt sie den Eltern die Treue.

Hier sah sie den größten Unterschied zu ihren späteren westdeutschen Kommiliton*innen, die sich von ihren Eltern abnabelten, mit ihnen stritten und sie provozierten. „Wir“ hingegen waren „nahezu die Einzigen, die nichts gegen unsere Eltern taten, so zumindest kam es uns manchmal vor. Sie lagen ja schon am Boden, inmitten der Depression einer ganzen Generation, und wir, die wir mit viel Glück und nur dank unserer späten Geburt um ein DDR-Schicksal herumgekommen waren, wollten die am Boden Liegenden nicht noch mit Füßen treten [...]. So haben wir mit ihnen schon vor langer Zeit einen Nichtangriffspakt geschlossen.“ Im Pakt war Raum „für Verständnis, Rührung und eine ziemliche Portion Mitleid [...]. Wir stellten keine Fragen nach historischer Schuld oder Ähnlichem. Das Einzige, was wir taten: Wir verteidigten unsere Eltern. Wir wichen nie von ihrer Seite, sondern blieben da bis zum letzten Augenblick, so als gälte es, einem kleinen Bruder beizustehen.“²⁴

Das erinnert an Berichte aus der Zeit nach 1945, als in den Familien ebenfalls über die Vergangenheit geschwiegen wurde. Auch damals war der Systembruch gewaltig, die „historische Schuld“ ungleich größer. Über sie legte sich ein Schamtschweigen, das von allen Altersgruppen befolgt und erst mehrere Jahrzehnte später gebrochen wurde. Aber anders als nach 1990 gab es keine Notwendigkeit

23 Nichelmann 2019.

24 Hensel 2002, S. 75–77, siehe auch Nichelmann 2019, S. 179–192.

für die Jüngeren, die Älteren zu verteidigen, denn es fehlten die Ankläger. Nach den Nürnberger Kriegsverbrecherprozessen und den Entnazifizierungsverfahren der unmittelbaren Nachkriegsjahre schlossen die Besatzungsmächte ihre Akten über die NS-Zeit und wandten sich, ebenso wie die Deutschen in Ost und West, der Zukunft zu.

1990 jedoch befanden sich die Kläger im eigenen Land, und zwar gleich zweifach: im Westen, dessen Bewohner*innen nach vier Jahrzehnten Demokratieerziehung und -erfahrung fragten, wie Ostdeutsche vier Jahrzehnte Sozialismus überstanden hatten. Auch unter den Ostdeutschen selber gab es manche, die solche Fragen stellten, ihre persönliche Leidensgeschichte als Systemopfer erzählen und die Verantwortlichen zur Rechenschaft ziehen wollten. Das war der Hintergrund, vor dem Jugendliche wie Jana Hensel sich in Verteidigungshaltung vor ihre Eltern stellten, anstatt sich bei den kritisch Fragenden einzureihen. Einige gingen noch weiter und identifizierten sich aus „Mitleid“ und „Rührung“ mit den Älteren, die von den wirtschaftlichen und sozialen Umbrüchen der 1990er Jahre stark gebeutelt wurden. Auch sie eigneten sich das Narrativ der Demütigung an, obwohl sie von den neuen Möglichkeiten und Freiheiten am meisten profitierten.

Wie stark dieses Narrativ die Geschichte verzerrt und künstlich homogenisiert, wird nicht nur an den generationellen Unterschieden deutlich. Auch andere lebensgeschichtliche Erfahrungen werden damit unsichtbar gemacht und eingeebnet. Die Frontstellung zum Westen verdeckt die Binnendifferenzen des Ostens. Manche dieser Differenzen traten erst nach 1989 zutage, haben aber Wurzeln in der DDR-Zeit. Dass SED- und Stasi-Kader ihr Experten- und Herrschaftswissen nutzten und sich in der chaotischen Umbruchszeit fleißig am brachliegenden Volksvermögen bedienten, taucht in der ostdeutschen Erzählung über die demütigenden Akteure des westdeutschen Raubtierkapitalismus nicht auf. Wer in der DDR-Zeit von der Stasi bespitzelt und „zersetzt“ worden war, Jahre in Bautzen verbracht hatte und deshalb nur eine geringe Rente bezog, machte auch nach 1989 andere Erfahrungen als derjenige, der einst Macht ausgeübt und seine Schäfchen inzwischen ins Trockene gebracht hatte. Diese und viele andere Differenzen werden aus der angeblichen ostdeutschen Identität herausgeschrieben und zugunsten der Ost-West-Spaltung geglättet. Gerade Menschen, die sich vom SED-Regime unterdrückt, bedrängt, gegängelt und eingeschränkt gefühlt hatten, nahmen die neue Zeit, trotz aller Schwierigkeiten, als Freiheitsgewinn wahr. Demütigung und Abwertung hatten sie eher vor 1989 erlebt als danach.²⁵

25 Von der DDR als „reale[m] Haus“ der „Ängste, der Verbote und Demütigungen“ sprach der Leipziger Historiker Hartmut Zwahr als Chronist der Montagsdemonstrationen (Zwahr 1993,

5. Die Entsorgung der DDR-Vergangenheit

Das lenkt den Blick auf eine weitere Leerstelle. Mit dem gegenwärtigen Identitäts- und Demütigungsnarrativ verbindet sich nicht nur die Entdifferenzierung ostdeutscher Erfahrungen nach der Vereinigung, sondern auch die Entsorgung und Weichspülung der DDR-Erinnerung. Die angebliche Wucht der Demütigungserfahrung nach 1989 verdeckt das, was vor 1989 passiert war.

Über das „Vorher“ gehen die Meinungen und Erinnerungen erstaunlich weit auseinander. Das spiegelt die Heterogenität der Erfahrungen sogar in einer weitgehend gleichgeschalteten und uniformen Gesellschaft wie der DDR, die innere Brüche und Spannungen nach Kräften übertünchte und die „sozialistische Menschengemeinschaft“ der Werktätigen beschwor.²⁶ Fast jeder und jede war Mitglied einer „Massenorganisation“: Der FDGB (Freie Deutsche Gewerkschaftsbund) zählte 1989 9,5 Millionen Mitglieder, die DSF (Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft) 6,4 Millionen, die SED und die FDJ (Freie Deutsche Jugend) jeweils 2,3 Millionen.

Das hieß mitnichten, dass alle glühende Befürworter*innen des realexistierenden Sozialismus waren. Es gab viel Kritik und eine semioffizielle Meckerkultur. Es gab diejenigen, die als „rote Bonzen“ verschrien waren und in deren Anwesenheit man seine Zunge hütete. Andere gehörten zwar der SED an, oft sogar in herausgehobenen Positionen, und besaßen trotzdem ein offenes Ohr und einen wachen Blick für die hausgemachten Missstände.²⁷ Es gab jene, die bespitzelten, und die, die bespitzelt wurden, manchmal sogar in Personalunion, so dass das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) über ein und dieselbe Person sowohl eine Täter- als auch eine Opferakte führte. Wer sicht- und hörbar aufbegehrte, bekam die Gewalt der „Organe“ hautnah zu spüren. Auch die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die seit den 1970er Jahren unter dem Dach der evangelischen Kirche über politische Alternativen und Reformen diskutierten, standen unter genauer Beobachtung und bewegten sich in einem Nischenraum, dessen Grenzen das Regime jederzeit enger oder weiter ziehen konnte. Wer aufgab und einen Ausreiseantrag stellte, musste sich auf eine lange und beschwerliche Durststrecke gefasst machen und erfuhr dabei alle erdenklichen Formen von Diskriminierung bis hin zur Kriminalisierung.

All das war den DDR-Bürger*innen nicht unbekannt. Manche wandten sich, anonym oder mit Klarnamen, an Zeitungen und Parteileitungen, um sich über

S. 9). Das DDR-System „hat fast alle gedemütigt, denn es nahm den Menschen massenhaft den freien Willen“ (ebd., S. 17).

26 Wolle 1998, S. 229.

27 Scherzer 1989.

das, was ihnen misslich auffiel, zu beschweren und Änderungen anzumahnen. Die größere Gruppe derjenigen, die die Anonymität vorzogen, begründete das damit, dass sie sich vor weiteren staatlichen Repressionen schützen wollte. „Ihr laßt zu“, schrieb „ein alter Genosse“ im September 1989 an das Politbüro, „daß die *Genossen* vom *MfS* schon wie bei den Nazis die Gestapo-Methoden ausführen, habt *Ihr vergessen* wie es war?“ Seinen Namen wollte er nicht nennen „da ich *nicht* möchte das [sic] meine Kinder Ärger durch mich erhalten“.²⁸ Ein langjähriges SED-Mitglied aus Riesa, das sich beim Zentralrat der FDJ bitter über die „gescheiterte“ Jugendpolitik beklagte, tat das ebenfalls ohne Angabe der Adresse, „aus Angst vor Nachstellungen durch die Staatsorgane“.²⁹

Um das tatsächliche Ausmaß solcher Nachstellungen und Bespitzelungen wussten nur wenige Eingeweihte; dass sich im Freundes- und Bekanntenkreis, zuweilen in der eigenen Familie, Inoffizielle Mitarbeiter*innen der Stasi befanden, erfuhren die meisten erst nach 1990, als die Unterlagen öffentlich zugänglich wurden. Aber dass man in einem „Polizei- und Stasistaat“ lebte, wie es ein bekennender „Sozialist“ kurz vor dem Mauerfall formulierte, war Allgemeinwissen. Auch sickerte durch, dass die Zahl derer, die die DDR legal verlassen wollten, seit Anfang der 1980er Jahre sprunghaft anstieg. Auf einer (wiederum anonymen) Postkarte an den Ministerpräsidenten Willi Stoph hieß es 1985: „Langsam packt uns die Panik. Die vielen jungen geförderten Menschen, die ausreisen wollen. Sind wir wirklich der dumme Rest. Warum wohl?“³⁰

Diese Frage stellten sich im Sommer 1989 viele. Und immer mehr kehrten aus dem Urlaub in Ungarn oder Prag nicht mehr in die Heimat zurück. Damit stärkten sie paradoxerweise denen den Rücken, die im Land bleiben wollten, aber laut und vernehmlich auf Veränderung pochten. Was im September 1989 mit den Montagsdemonstrationen einer ebenso winzigen wie mutigen Minderheit begann, zog im Oktober Hunderttausende auf die Straßen – bis das Regime vor dieser neuartigen Massenbewegung kapitulierte.

Die Aktivist*innen der friedlichen Revolution wurden damals landauf, landab gefeiert und als „Helden“ (nicht nur von Leipzig) verehrt. Das betraf vor allem die Mitglieder der zahlenmäßig kleinen Bürgerrechtsbewegung. Sie hatten den Protest über mehrere Jahre hinweg vorbereitet und den Anstoß gegeben, hätten allerdings ohne die tatkräftige Unterstützung der Vielen wenig ausrichten können. Wäre der

28 Zit. nach Suckut 2015, S. 437.

29 Ebd., S. 453. Zur Meckerkultur vgl. Staadt 1996; Betts 2010, S. 286–309.

30 Ebd., S. 340, 439. Zur Ausreisebewegung vor 1989 vgl. Wolff 2019.

gesamte „dumme Rest“ montags zuhause geblieben, hätten Stasi und Kampfgruppen leichtes Spiel gehabt.³¹

Das tat er nicht – zumindest nicht zur Gänze. Gleichwohl ließ sich trotz beeindruckend großer Menschenmengen nicht übersehen, dass hier beileibe nicht das ganze DDR-Volk versammelt war. Millionen blieben daheim und warteten ab, was kommen würde. Erst als die Mauer fiel, setzten auch sie sich in Bewegung. Die unterschiedliche Mobilisierungsdichte und -sequenz verweist auf abgestufte Grade von Unzufriedenheit und Überdruß, auf verschiedene Interessen, Hoffnungen und Sehnsüchte. Längst nicht alle DDR-Bürger*innen fühlten sich unwohl in ihrem Land oder hätten von einem diktatorischen Regime gesprochen. Abgesehen von den Kadern, die um ihre Privilegien fürchteten, gab es viele, die sich eingerichtet und mit Korruption, Parteiherrschaft, Gängelung und Misswirtschaft arrangiert hatten. Solange sie nicht politisch aneckten und ihre Bedürfnisse den Gegebenheiten anpassten, konnten sie im Land hinter der Mauer auskömmlich und sorgenfrei leben. Der Staat sorgte für alle und alles – wie eine „gute Mutter“, die es ihren „17 Millionen Kindern an nichts fehlen“ ließ, sie „verwöhnt und verhätschelt aber auch mit Strenge erzoget“ hatte.³²

Als diese Familienaufstellung plötzlich ihr Ende fand und Wellen harscher Kritik über die gestrenge Mutter hereinbrachen, sahen sich die Kinder, die bislang nicht aufgemuckt hatten, vor die implizite oder explizite Frage gestellt, warum sie sich dieses Regiment so lange hatten gefallen lassen. Je mehr Wissen über die desolote Wirtschaftslage, aber auch über die repressiven Machenschaften und „Zersetzungs“-Operationen des allgewaltigen Ministeriums für Staatssicherheit zirkulierte, desto schwieriger wurde es, dieser Frage auszuweichen oder sich auf das eigene Unwissen zu berufen.

6. Scham und Schamabwehr

Eine mögliche Reaktion wäre Scham gewesen – Scham über das Wegschauen, das Sichducken, das Fähnchen-Schwenken auf den Erste-Mai-Demonstrationen, das massenhafte Defilieren vor den Parteioberen auf den Festtribünen zum 10., 20., 30., 40. Jahrestag der Staatsgründung. Man hätte sich schämen können für das eigene Mittun, für die annähernd hundertprozentige Zustimmung bei den

31 Siehe dazu schon Zwahr 1993 sowie die Kontroverse zwischen Detlef Pollack und Ilko-Sascha Kowalczyk in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* v. 12.07., 14.07., 16.07. u. 29.07.2019. Vgl. auch Kowalczyk 2019, S. 30–33 sowie Pollack 2020, Kapitel 1.

32 Suckut 2015, S. 449. So ein Ost-Berliner an das ZK der SED zum 40. Jahrestag der DDR-Gründung am 07.10.1989.

Volkskammerwahlen, für das Schulterzucken angesichts offenkundiger Wahlfälschungen im Mai 1989, für die Indifferenz angesichts der Erschießung eines „Republikflüchtigen“ noch im Februar 1989 und der Auszeichnung der verantwortlichen Grenzsoldaten durch Leistungsabzeichen und Geldprämien. Anlässe für Scham gab es zuhauf. Nicht zuletzt die öffentliche Debatte über die DDR als Unrechtsstaat, so der 1966 in Jena geborene Thomas Oberender, habe „bei allen, die dort lebten, Scham induziert und ein Gefühl der Illegitimität ihrer damaligen Lebenswirklichkeit“.³³

Doch Scham ist ein Gefühl, das sich schwer aushalten lässt. Es zehrt am Selbstbewusstsein, beschädigt das Selbstwertgefühl und dämpft die Lebensenergie. Deshalb liegt es nahe, Scham abzuwehren. Nach der Wiedervereinigung gelang das zum einen dadurch, dass man sich über das, was vergangen war, in Schweigen hüllte. Man sprach nicht darüber und ließ nicht mit sich sprechen. Da die eigenen Kinder in die Schweigespirale einwilligten, um die überlasteten, verunsicherten und geschwächten Eltern zu schützen und zu schonen, ließ sich die Konfrontation mit dem eigenen Selbst und dessen Blindstellen vermeiden.

Noch erfolgreicher war die Strategie, von diesen Blindstellen abzulenken, indem man die Verantwortung für die Fehlentwicklungen der Vergangenheit anderen zuwies: den „roten Bonzen“, SED-Funktionären und parteifrommen Journalist*innen, die schon vor 1989 viel Kritik und Unzufriedenheit auf sich gezogen hatten.³⁴ Drittens schließlich ließ sich eine neue Front aufmachen und die alte damit in den Hintergrund schieben. Eben diese Funktion erfüllte das auf die Erfahrungen der Umbruchszeit gemünzte Demütigungsnarrativ, das sich Ende der 1990er Jahre zu etablieren begann.

Parallel dazu entwickelte sich ein neuer „Oststolz“. Angesichts des Verlusts „von Sicherheiten, der Erfahrung von Deklassierung und Demütigung, dem Einzug von Verdrängung, Konkurrenz am Arbeitsplatz, der Notwendigkeit zur Umorientierung in vielen Lebensbereichen“, besannen sich viele auf eine DDR-Geschichte, die sie sehr viel liebevoller zeichneten, als es der offizielle politische und Mediendiskurs tat.³⁵ Psychologen bezeichnen das als „Eigengruppenaufwertung“ und diagnostizierten sie anlässlich von Erhebungen aus den Jahren 1996 und 1998. Damals brachten Proband*innen aus den neuen Bundesländern bewusst eine positiv besetzte ostdeutsche Identität zum Ausdruck, in krassem Unterschied zu denen

33 Oberender 2020, S. 42. Dazu – und zu anderen Aspekten von Scham und Beschämung – vgl. Simon 1995, S. 27–34, 2019, S. 37.

34 Suckut 2015.

35 Wolle 2000, Zitat S. 419.

aus den alten Ländern. Deren Selbstbild war vergleichsweise düster und hellte sich lediglich durch den Stolz auf „Wirtschaft und Währung“ auf.³⁶

Der „Oststolz“ ging dabei über die in den 1990er Jahren einsetzende Ostalgiewelle mit Spreegurken, Ampelmännchen, Kostümfesten und Trabisafaris weit hinaus.³⁷ Man erinnerte nicht bloß, mit mehr oder weniger Melancholie, die im Taumel der Westorientierung 1990 verschwundenen Konsumgüter, sondern suchte die DDR-Erfahrung als solche und damit auch die eigene Biographie zu rehabilitieren. Schon 1992 berichtete das Magazin *Der Spiegel* über „DDR-Nostalgie in Eisenhüttenstadt“. Ehemals als „Stadt ohne Vergangenheit“ gefeiert, wurde die DDR hier zwei Jahre nach ihrem Untergang bereits weichezeichnet und vermisst. Denn alle wussten, dass die meisten Bewohner*innen ihre Arbeitsplätze verlieren würden und neue nicht in Sicht waren. Vor diesem Hintergrund verklärte man die Jahre vor 1989 als eine Zeit der Sicherheit und Planbarkeit, der Geborgenheit und Zugehörigkeit. Es habe, hieß es immer wieder, in der DDR keine Kriminalität gegeben, keine Neonazis, keine Arbeitslosigkeit, keine Angst vor sozialem Abstieg. Stattdessen seien die Beziehungen durch Solidarität, „Zusammenhalt“ und „gegenseitige Hilfe“ geprägt worden, im Unterschied zur derzeit herrschenden Konkurrenz und Ellenbogenmentalität. Auf die Schattenseiten des Regimes angesprochen, beharrte man darauf, dass es durchaus ein richtiges Leben im falschen hatte geben können, und wollte sich den „Stolz aufs eigene Leben“ nicht nehmen lassen.³⁸

Dieser Stolz aber ging zulasten dessen, was die Publizistin Ines Geipel als Erinnerung an die „Gewaltmaschine der Ost-Diktatur“ einklagt. Als ehemalige DDR-Spitzensportlerin hat sie nicht nur das organisierte Doping zum Thema gemacht, sondern die „Brutalität des Ostens“ auch in vielen anderen Lebensbereichen seziiert. Aus ihrer Sicht verbleibt das „Mehrheitsbewusstsein der Ostdeutschen“ im „Bann des Alten“ und nimmt die zahllosen „Opfer des DDR-Unrechts“ nicht zur Kenntnis, um die eigene Biographie während der SED-Diktatur zu retten.³⁹ Statt darüber nachzudenken, wie sehr sie von dieser Diktatur geprägt, bevormundet und gedemütigt worden sind, drehen sie den Demütigungsspieß um und richten ihn gegen die neue Ordnung.

Die parteipolitischen Präferenzen bestätigen das. Nicht zufällig findet sich die mit Abstand positivste Einstellung zur DDR bei den Anhängern der AfD, die 2019 in Eisenhüttenstadt, aber auch in Görlitz, Meißen und Bautzen die meisten

36 Schmitt et al. 2000, S. 2, 26, 32.

37 Ahbe 2016.

38 Fleischhauer 1992, 1995; Schmidt 1995; Mau 2019; Mau/Offe 2020, S. 370.

39 Geipel 2019a, 2019b, 2020.

Wahlstimmen erhielt.⁴⁰ Sie hat es offenbar am besten verstanden, die Deckerzählung von der allumfassenden Demütigung des Ostens durch den Westen zu bedienen und die zwischen Nostalgie, Ressentiment und Verlustängsten changierende Stimmung zahlreicher Bürger*innen einzufangen.

Diese Deckerzählung gilt es als solche kenntlich zu machen und in ihren Ablenkungsfunktionen zu überprüfen. Mindestens ebenso wichtig aber ist es, ihr eine andere, positive, selbstwertsteigernde Erzählung entgegenzusetzen. Darin können und müssen Erlebnisse der Deklassierung und Kränkung ebenso Platz finden wie Erfahrungen der Resilienz, der kreativen Selbstermächtigung, des Lernens am lebenden Objekt. Viele Menschen, die in der DDR aufgewachsen sind, haben sich nach 1989 auf beeindruckende Weise neu erfunden und ihr neues Leben aktiv gestaltet. Hier ist „Oststolz“, East Pride, angebracht und angesagt.⁴¹

7. Literatur

- Ahbe, Thomas (2016): *Ostalgie*. Erfurt: Landeszentrale für politische Bildung Thüringen.
- Bangel, Christian, Paul Blickle, Elena Erdmann, Philip Faigle, Dr. Andreas Loos, Julian Stahnke, Julius Tröger und Sascha Venohr (2019): *Die Millionen, die gingen*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-05/ost-west-wanderung-abwanderung-ostdeutschland-umzug>. Gesehen am 17.06.2021.
- Betts, Paul (2010): *Die Politik des Privaten. Eingaben in der DDR*. In: Daniel Fulda et al. (Hrsg.): *Demokratie im Schatten der Gewalt*. Göttingen: Wallstein.
- Böick, Marcus (2018): *Die Treuhand. Idee – Praxis – Erfahrung 1990–1994*. Göttingen: Wallstein.
- Bruckner, Pascal (1997): *„Ich leide, also bin ich“*. Die Krankheit der Moderne. Berlin: Aufbau Verlag.
- Dimap, Infratest (2019): *Aktuelle bundesweite Umfragen: 30 Jahre Mauerfall*. Online verfügbar unter <https://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundesweit/umfragen/aktuell/30-jahre-mauerfall/>. Gesehen am 17.06.2021.
- Dümcke, Wolfgang und Fritz Vilmar (Hrsg.) (1995): *Kolonialisierung der DDR. Kritische Analysen und Alternativen des Einigungsprozesses*. Münster: agenda.
- Ehmann, Annick, Sascha Venohr und Vanessa Materla (2019): *Männlich, Arbeiter, AfD-Wähler*. Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/politik/deutschland/2019-09/>

⁴⁰ Petersen 2019, S. 8.

⁴¹ Im rechtsextremen Spektrum gibt es die Neigung, daraus ein ebenso kompetitives wie konfrontatives Narrativ zu basteln und den Osten als das bessere, stärkere, härtere Deutschland erscheinen zu lassen. Teils ergänzt dieser ostdeutsche Exzeptionalismus die Opfer- und Demütigungserzählung, teils dreht er sie um. Vgl. dazu Leistner/Böcker 2021.

- wachler-ostdeutschland-analyse-alter-geschlecht-beruf-schulabschluss-religion. Gesehen am 17.06.2021.
- Engler, Wolfgang und Jana Hensel (2018): *Wer wir sind. Die Erfahrung, ostdeutsch zu sein*. Berlin: Aufbau Verlag.
- Eppler, Erhard (2015): Demütigung als Gefahr. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* (7), S. 69–77.
- Fleischhauer, Jan (1992): „Ick will meine Ruhe wieder“. *Der Spiegel* v. 04.05.1992.
- Fleischhauer, Jan (1995): Stolz aufs eigene Leben. *Der Spiegel* v. 03.07.1995.
- Frevert, Ute (2017): *Die Politik der Demütigung. Schauplätze von Macht und Ohnmacht*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Frevert, Ute (2020): Die Gefühle der Staaten. In: Hélène Miard-Delacroix und Andreas Wirsching (Hrsg.): *Emotionen und internationale Beziehungen im Kalten Krieg*. Berlin: De Gruyter Oldenbourg, S. 25–43.
- Geipel, Ines (2019a): *Umkämpfte Zone. Mein Bruder, der Osten und der Hass*. Stuttgart: Klett-Cotta.
- Geipel, Ines (2019b): „Die Brutalität des Ostens wird immer mehr wegmoderiert“. In: *Die Wochenzeitung* v. 31.10.2019.
- Geipel, Ines (2020): Die Flucht aus unserer Geschichte. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 28.09.2020.
- Gieseke, Waltraud und Ruth Siebers (1996): Umschulung für Frauen in den neuen Bundesländern. In: *Zeitschrift für Pädagogik* 42 (5), S. 687–702.
- Goltermann, Svenja (2017): *Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne*. Frankfurt am Main: S. Fischer.
- Gotto, Bernhard (2018): *Enttäuschung in der Demokratie*. Berlin, Boston: De Gruyter Oldenbourg.
- Hähnig, Anne (2017): „Integriert doch erst mal uns!“ . Online verfügbar unter <https://www.zeit.de/2017/17/petra-koeping-integration-sachsen-pegida>. Gesehen am 17.06.2021.
- Heller, Aylene, Ana Nanette Tibubos, Manfred Beutel und Elmar Brähler (2020): *Mauer in den Köpfen? Einstellungen zur deutschen Einheit im Wandel*. OBS-Arbeitspapier 42. Mainz: Johannes-Gutenberg-Universität.
- Hensel, Jana (2002): *Zonenkinder*. Reinbek: Rowohlt.
- Hensel, Jana (2009): *Achtung Zone. Warum wir Ostdeutschen anders bleiben sollten*. München: Piper.
- Hensel, Jana (2019): *Wie alles anders bleibt. Geschichten aus Ostdeutschland*. Berlin: Aufbau.
- Kiehl, Reinhard (Hrsg.) (2001): *Alle Jahre wieder*. Düsseldorf: My favourite book.
- Krastev, Ivan und Stephen Holmes (2019): *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung*. Berlin: Ullstein.
- Leistner, Alexander und Julia Böcker (2021): „Im Osten geht die Sonne auf“: Nostalgie als soziologische Erklärung der Gegenwart von Vergangenheit in Ostdeutschland. In: *Zeithistorische Forschungen*, in *Contemporary History* 18 (2021), S. 133–139.
- Mau, Steffen (2019): *Lütten Klein*. Berlin: Suhrkamp.

- Mau, Steffen und Claus Offe (2020): Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? In: *Leviathan* (48), S. 358–380.
- Milev, Yana (2018): Entkoppelte Gesellschaft. Ostdeutschland seit 1989/90: Bd. 1: Anschluss. Berlin, Bern, Bruxelles, New York, Oxford, Warszawa, Wien: Peter Lang.
- Milev, Yana (2020): Das Treuhand-Trauma. Die Spätfolgen der Übernahme. Berlin: Das neue Berlin.
- Moïsi, Dominique (2009): Kampf der Emotionen. Wie Kulturen der Angst, Demütigung und Hoffnung die Weltpolitik bestimmen. München: DVA, S. 88–133.
- Nichelmann, Johannes (2019): Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen. Berlin: Ullstein.
- Oberender, Thomas (2020): Empowerment Ost. Stuttgart: Tropen.
- Petersen, Thomas (2019): Das Verblässen der Erinnerung an die Diktatur. In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 16.10.2019.
- Pollack, Detlef (2020): Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute. Bielefeld: transcript.
- Scherzer, Landolf (1989): Der Erste. Eine Reportage aus der DDR [1988]. Köln: Kiepenheuer und Witsch.
- Schlottmann, Karin (2016): „Das Gefühl der Demütigung sitzt immer noch tief“. Online verfügbar unter <https://www.saechsische.de/das-gefuehl-der-demuetigung-sitzt-immer-noch-tief-3539857.html>. Gesehen am 17.06.2021.
- Schmidt, Werner (1995): Metamorphosen des Betriebskollektivs. In: *Soziale Welt* 46 (3), S. 305–325.
- Schmitt, Manfred und Jürgen Maes (2000): Gerechtigkeit als innerdeutsches Problem. Trier.
- Schwabe, Uwe (2019): Warum ticken die Osis so? In: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 20.08.2019.
- Shevtsova, Lilia (2015): Humiliation as a Tool of Blackmail. Online verfügbar unter <https://www.the-american-interest.com/2015/06/02/humiliation-as-a-tool-of-blackmail/>. Gesehen am 17.06.2021.
- Simon, Annette (1995): Versuch, mir und anderen die ostdeutsche Moral zu erklären. Gießen: Psychosozialer Verlag.
- Simon, Annette (2019): „Wenn Familie zu sehr wärmt“. In: *Die Zeit* v. 04.07.2019.
- Stadt, Jochen (1996): Eingaben. Die institutionalisierte Meckerkultur in der DDR. Berlin: Forschungsverbund SED-Staat.
- Stange, Thomas (2019): Die „Herrschenden in „Deutsch-Nordost“: Eine Konferenz diskutiert Aspekte der Kolonialisierung“ Ostdeutschlands. Online verfügbar unter <https://www.ost-journal.de/die-herrschenden-in-deutsch-nordost-eine-konferenz-diskutiert-aspekte-der-kolonialisierung-ostdeutschlands/>. Gesehen am 17.06.2021.
- Suckut, Siegfried (Hrsg.) (2015): Volkes Stimmen. „Ehrlich, aber deutlich“ – Privatbriefe an die DDR-Regierung. München: dtv.
- Wang, Zheng (2012): Never Forget National Humiliation: Historical Memory in Chinese Politics and Foreign Relations. New York: Columbia University Press.

- Weitz, Burkhard und Dominique Bielmeier (2019): „Wie wenig wisst ihr eigentlich?“. In: Chrismon (11), S. 18–21.
- Wolff, Frank (2019): Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989. Berlin: Suhrkamp.
- Wolle, Stefan (1998): Die heile Welt der Diktatur. Alltag und Herrschaft in der DDR 1971–1989. Berlin: Ch. Links.
- Wolle, Stefan (2000): Der zerbrochene Dialog. Gespaltene Erinnerungskultur im wiedervereinigten Deutschland. In: *Internationale Schulbuchforschung* 22 (4), S. 417–430.
- Zwahr, Hartmut (1993): Ende einer Selbsterstörung. Leipzig und die Revolution in der DDR. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.